

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

549 (2.12.1919) Abendausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Redaktion Telef. Nr. 308 u. 313.

Verlagsstelle Telef. Nr. 86.

Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Beilage: „Volk und Heimat“, Wochenschrift für Unterhaltung und Belehrung. — Erscheint jeden Samstag. —

Eincentum und Verla von Ferd. Thiergarten.

Chefredakteur: Albert Geras. Verantwortl. für Inhalt: Wolff u. Neulohr...

Anzeigen: Die Blatt-Rubrication...

Bei Wiederholungen... für Anzeigen...

Nr. 549.

Karlsruhe, Dienstag den 2. Dezember 1919.

35. Jahrgang.

Die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

ipu. Paris, 2. Dez. (Privat-Tele.) Obwohl die Erklärung Clemenceaus jeden Zweifel beseitigt, daß Frankreich vorläufig die deutschen Gefangenen ausliefern wird...

Sch. Genf, 2. Dez. (Privat-Tele.) Der Anner „Progres“ meldet, daß die Aufhebung der Kriegsgefangenenlager in Südfrankreich anberaumt wurde...

Sch. Genf, 2. Dez. (Privat-Tele.) Laut der „Humanite“ haben die Sozialisten der Kammer von der Einbringung eines Antrages für die Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen in der am 8. Dezember zusammentretenden Kammer Abstand genommen.

Gegen Deutschlands „Ausverkauf“.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Berlin, 2. Dez. Das läudliche Sinken des deutschen Geldwerts, von dem heute noch niemand sagen kann, ob er auch nur annähernd seinen Tiefpunkt erreicht hat, und der dadurch angezeigte „Ausverkauf“ des deutschen Volkes an Sachgütern haben Regierung und Wirtschaftsführer überzeugt, daß man die Dinge nicht so wie bisher lassen darf...

Können wir's wirklich nicht? Wir müssen. Denn wenn es zuzugehen ist, daß die Säge des Weltmarktes einmal auch für Deutschland Gültigkeit haben müssen, so ist eine Übergangsstufe Umstellung auf den Weltpreis mehr, als die deutsche Wirtschaft ertragen könnte...

Darum gilt es, die vergleichsweise niedrigen Inlandspreise, mag ihr Abstand von denen des Auslandes an sich ein Uebel sein, solange wir zögern, wie wir sie nicht entbehren können; ebenso wie Deutschland vor Ueberflutung durch Einfuhr von Luxuswaren und vor Entgültung durch planlose und billige Ausfuhr geschützt werden muß...

Aber diese handelsrechtlichen Mittel können nur eine Teilwirkung üben, wenn nicht die Wirtschaftsgemeinschaften selbst zum Wechten sehen. Zum größten Teil beruht ja die „Entgültung“ Deutschlands auf Verkäufen, die das Gesetz nicht verbietet und die ausführende Macht nur schwer oder gar nicht überwinden kann...

WTS. Berlin, 2. Dez. Gegen die Verschleuderung in der deutschen Ausfuhr wendet sich erneut der Reichsverband deutscher Industrieller. In der Schweiz habe die Ein-

fuhr billiger deutscher Möbel bereits Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Schweiz wolle zu Einfuhrverboten gegenüber Deutschland schreiten. Die deutsche Industrie könne die Gefahr ausländischer Einfuhrverbote nur dann abwenden, wenn sie sich entschließt, ihre Ausfuhrpreise gemäß dem hohen Stande der ausländischen Preise hinauszusetzen.

ipu. Amsterdam, 2. Dez. (Privat-Tele.) In letzter Zeit weigern sich die holländischen Zollbehörden, die Verkaufspreise der deutschen Waren bei der holländischen Verzollung zu Grunde zu legen, da die deutschen Preise infolge der niedrigen deutschen Valuta noch Annahme der Zollbefreiung nicht mit dem wirklichen Wert in Holland übereinstimmen...

Der Entwurf eines Landesbesteuerungsgesetzes.

Berlin, 1. Dez. Der vom Reichsminister der Finanzen der Nationalversammlung nach Zustimmung des Reichsrats vorgelegte Entwurf eines Landesbesteuerungsgesetzes enthält folgende Bestimmungen:

Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, Steuern nach Landesrecht zu erheben, soweit nicht die Reichsbestimmungen entgegenstehen. Nach § 8 erheben die Länder Steuern vom Ertrag des Grundbesitzes und des Gewerbebetriebs. Sie dürfen nur in dem Lande erhoben werden, in dessen Gebiet der Grund- und Gebäudebesitz liegt und eine Betriebsstätte unterhalten wird.

Als zweite Landessteuer zieht der Entwurf die Vergnügungen in den Kreis seiner Vorschriften. Betreffend die Besteuerung der Länder und Gemeinden am Ertrag der Reichssteuern sagt § 15: Durch Reichsgesetz wird bestimmt, ob und in welchem Umfang die Länder einen Anteil an den Einnahmen aus Reichssteuern zu beanspruchen haben. Die Länder werden an dem Ertrag der Reichseinkommensteuer beteiligt und erhalten von den Steuerbeiträgen der Einkommen unter 15 000 M einen Anteil von 90 Proz., bis 25 000 M 80 Proz., bis 50 000 M 70 Proz., bis 100 000 M 60 Proz. und bis 150 000 M 50 Proz. Nach § 29 können die Gemeinden besteuert, eine Steuer von denjenigen Mindesteinkommen, die von der Reichseinkommensteuer nicht erfasst werden, zu erheben, falls dies nicht durch Landesgesetz ausgeschlossen wird.

Ferner erhalten die Länder von dem Aufkommen aus dem Erbschaftsteuerertrag vom 10. September 1919 20 Proz. und aus dem Aufkommen aus dem Grundbesitzsteuerertrag vom 12. September 1919 50 Proz. Von dem Aufkommen der Umsatzsteuer erhalten die Länder 10 Proz. Der Gesamtbeitrag wird auf die Länder nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl verteilt. Die Lastenverteilung regeln die §§ 49 und 52. Wenn das Reich von Ländern oder den Gemeinden neue Aufgaben zuweist, so soll die Beteiligung des Reiches an den Kosten ebenfalls geregelt werden. Auch für besondere Kosten, die durch Maßnahmen des Reiches entstehen oder Unternehmungen betreffen, deren Verrichtung sich auf einen größeren Teil des Reiches erstreckt, wird das Reich Zuschüsse leisten. Das Gesetz soll zugleich mit der Reichseinkommensteuer in Kraft treten.

Eine bayerische Königsparlei.

München, 2. Dez. (Privat-Tele.) In München ist im katholischen Gesellschaftshaus die schon seit geraumer Zeit im ganzen Lande organisierte bayerische Königsparlei nunmehr offiziell gegründet worden, um den gesellschaftlichen Vorstößen zu weichen. Sie hat namentlich in Unterfranken, in der Oberpfalz, in Niederbayern und in Oberbayern unter kleinen Birknern, bayerischen Offizieren und dem höheren Beamtenstand und auch in der Arbeitererschaft Anhänger gefunden. Der Adel, die Intelligenz und das Unternehmertum sowie die alte Beamtenschaft hatten sich noch zurück. Am vorläufigen Vorsitzenden wurde der Leutnant der Reserve Schriftsteller Mayer-Rod gewählt. Die politisch angelegte und genehmigte Versammlung wurde mit einem dreifachen Hoch auf den König und Abkündigung der Königsparlei beschlossen. Eine Frau habe unter kühnem Beifall, solange es die Frauen der republikanischen Führer an selbstloser Liebe zur Volksgemeinschaft und Opferbereitschaft den gekrönten Frauen nicht gleich löten, solange würden die Frauen Bayerns monarchistisch bleiben bis auf die Knochen.

Br. München, 2. Dez. (Privat-Tele.) In einer Pressepolitik erklärt der bayerische Bauernführer Dr. Heim, daß ein der mehrheitlich sozialistischen „Münchener Volk“ sehr nahe und recht in hohem Staatsamt stehender Herr (gemeint ist der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Müller, früherer Chefredakteur der „Münchener Volk“) ihm bei den Bauernwohnen den Vorstoß gemacht habe, den Kronprinzen Anrede als Kandidaten aufzustellen. Am Montag waren in München, eben an den Ministerien Plätze angehängt, daß nur noch eine bürgerliche Regierung und die Rückkehr zur Monarchie retten könne. München kann aber einseitigen noch, auszulassen und allem kirchlichen und bürgerlichen Brauch zu wider auch in der Adventszeit, jedoch der bayerische Bauernbund am vergangenen Sonntag seinen Saal für seinen Parteitag aufstreifen konnte. Das hat große Entrüstung unter den Bauern erregt.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

W. London, 2. Dez. (Privat-Tele.) Die Konferenz der Völkerverbändeorganisationen, welche gestern begonnen hat, besteht aus 15 Staaten, die durch Delegierte vertreten sind. Die Mächte dieser Verbändeorganisationen sind eine Propaganda aller Staaten für die Völkerverbände, im Sinne des englischen Programms zu führen.

Die Frage der amerikanischen Kreditgewährung. W. Washington, 2. Dez. (Privat-Tele.) Die Frage der Kreditgewährung lagiert sich bald zu klären. Die New Yorker Großbanken haben Beratungen mit den übrigen amerikanischen Banken begonnen, um die Summen festzusetzen, welche man vorläufig überhaup für ausländische Kredite verfügbar machen kann. Dabei ist von mehreren Seiten betont worden, daß größte Vorsicht geboten scheint und man einmütigen keine Kredite an Staaten geben darf, welchen die amerikanischen Handelsbeziehungen, oder an solche Staaten, welche eine Krise durchmachen. Mit dem ersten in England und Japan gemeint, während mit letzterem Frankreich identisch ist. Für Italien waren die Meinungen sehr günstig, da man hofft, den amerikanischen Handel mit Italien wieder ausbreiten zu können, da Italien als Käufer auftreten kann für die mittlereuropäischen Länder. Der politische Zwist in Italien spielt keine Rolle, da die Handelsbeziehungen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Niederlassungsverbot für Ausländer in Kwantung. ipu. Tokio, 1. Dez. (Privat-Tele.) Nach einem Beschluß des japanischen Parlaments soll in Kwantung kein Ausländer zu-

gelassen werden, d. h. Ausländer dürfen sich dort dauernd nicht niederlassen.

Rußland.

Sowjetrußland und der Kapitalismus.

D. Rotterdam, 2. Dez. (Privat-Tele.) Aus London wird gemeldet, daß Litwinow in Kopenhagen einem Mitarbeiter des „Daily Herald“ gegenüber äußerte, die Sowjetregierung werde bald gezwungen sein, einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Kommunismus als Übergangsstadium einzuschlagen. Ein völliger Kommunismus wäre allein möglich, wenn die anderen Länder die gleiche Wirtschaftsbasis annehmen. Diese werden wahrscheinlich unserem Vorbild folgen. Wenn dies in Rußland nicht gelingen sollte, müßte man wieder zum Kapitalismus zurückkehren. Jedenfalls sei jetzt die beste Gelegenheit dazu vorhanden.

Zur neuen Petersburger Verschwörung.

— Arenal, 2. Dez. Die „Times“ bestätigt, daß in Petersburg 500 bis 600 Personen, die Beziehungen mit einer antibolschewistischen, militärischen Organisation hatten, auf die Denunziation eines deutschen Spions (natürlich! D. Reb.) verhaftet worden seien. Unter den Verhafteten befindet sich Hauptmann Gibson, Chef des britischen Geheimdienstes, sowie andere Engländer und Engländerinnen.

Belgien.

— Brüssel, 1. Dez. Das belgische Königspaar gab dem schweizerischen Bundespräsidenten A. D. vor gestern Abend ein Diner.

Die belgische Regierungsbildung.

Brüssel, 1. Dez. Nach dreitägigen Verhandlungen hat der belgische Sozialistenkongress einen Antrag Tocaumont mit 1468 gegen 146 Stimmen verworfen, der sich gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ausdrückt.

England.

Zur Lage in Irland.

W. Rotterdam, 1. Dez. Der „Newe Rotterdamische Courant“ meldet aus London, daß es in London, Derry (Irland) wegen Proklamation der britischen Regierung, wonach die Sinnfeiner-Organisationen unterdrückt werden sollen, zu einer Riesenkundgebung kam, auf der das Sinnfeiner-Mitglied des britischen Parlaments Mac Neill erklärte, das irische Volk werde ein Gesetz, das sich auf die Wajonette stütze. Es sei fest entschlossen, nicht anzulassen, daß die britische Regierung der Polizei gestatte, ihren Stiefel auf den Nacken des irischen Volkes zu setzen.

Haig verzichtet auf die Würde eines indischen Vizekönigs.

ipu. London, 1. Dez. (Privat-Tele.) Marshall Haig hat es abgelehnt, den ihm angebotenen Posten als Vizekönig von Indien und Oberkommandierender des indischen Heeres anzunehmen.

Die Geschehnisse im Reich.

Erkrankung Dr. Friedbergs.

D. Berlin, 2. Dez. (Privat-Tele.) Abg. Dr. Friedberg, der Führer der Demokraten, erkrankte gestern in der preussischen Landesversammlung einen leichten ischämischen Anfall. Der greife Parlamentarier wurde in seine Wohnung gebracht. Die Erkrankung ist leichter Natur. Friedberg hofft, noch im Laufe dieser Woche an den Sitzungen teilnehmen zu können.

Parteilag der U.S.P.

— Leipzig, 1. Dez. Nach dem Geschäftsbericht Dittmanns hat die Partei jetzt etwa 4 Millionen Mitglieder. Die Zahl der Parteiblätter hat sich seit März auf 55 Tageszeitungen verdoppelt. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, meinte der Redner, sei zu erwägen. Eine der vornehmsten Aufgaben der Partei müsse die Bildungsfrage sein. Die sozialistische Internationale sei der Leitstern der Partei in allen politischen Kämpfen des Jahres 1919 gewesen.

Der Redner kritisierte die Politik der Regierung und richtete hinsichtlich der Unterjochung von Irden und Parteianghörigen schwere Vorwürfe gegen die Justizbehörden und betonte schließlich, daß heute die Frage nicht sei: bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats, sondern: kapitalistische Diktatur oder proletarische Diktatur. Den Bericht der Kontrollkommission erstattete Vol-Gotha. Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um Agitation und Pflege der Volksbildung; aber auch die Frage einer Einigung mit den Mehrheitssozialisten wurde bereits gestreift. Fast alle Redner betonten, daß sie nur auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes möglich sei.

Die Einwohnerwehren.

WTS. Berlin, 1. Dez. Die Reichszentrale für Einwohnernwehren erläßt folgenden Aufruf:

„Endlich reicht der Arbeiter dem Bürger die Hand. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt den Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft: Sine in die Arbeiterwehren! Aber er erläßt ihn als Partei. Größeres steht auf dem Spiele als das Schicksal einer Partei: das ganze Deutschland. Die Einwohnerwehr ist eine Einwirkung der parlamentarisch-demokratischen Regierung. Die parlamentarische Demokratie schließt auch die Freiheit der Minderheiten. Rechts stehen Minderheiten links stehen Minderheiten. Links stehen Minderheiten, rechts stehen Minderheiten. Wenn sie ihre Meinung verfassungsmäßig mit dem Stimmzettel verfechten, handeln sie parlamentarisch-demokratisch, greifen sie zur Waffe, dann finden sie die Einwohnerwehr gerichtet. Bürger und Arbeiter, Arbeiter und Bürger! Wehrt Euch gegen die Politik des Bürgerkriegs, von welcher Seite auch immer er erfaßt wird. Die Einwohnerwehr dient keiner Partei. Sie dient dem Volksganzen, sie dient der Volkserziehung. Die Waffen keiner einzelnen Partei, die Waffen dem ganzen Volk. Sine in die Einwohnerwehren!“

Wahlergebnisse.

W. München-Gladbach, 2. Dez. Bei der Stadterordnetenwahl erhielt die Sozialdemokratische Partei 29, die Sozialdemokraten 11, Deutsche Volkspartei 5, Demokraten 2, Deutschnationale 1. Gegenüber den Nationalparlamentarierwahlen verteilte das Zentrum 3700 und die anderen Parteien je 1000 Stimmen.

D. Stettin, 2. Dez. (Privat-Tele.) Bei den Kreiswahlen im Kreise Belgard (Pommern) erhielten die Deutschnationalen 6191 Stimmen, die Demokraten 822, die Sozialdemokraten 2402 Stimmen.





